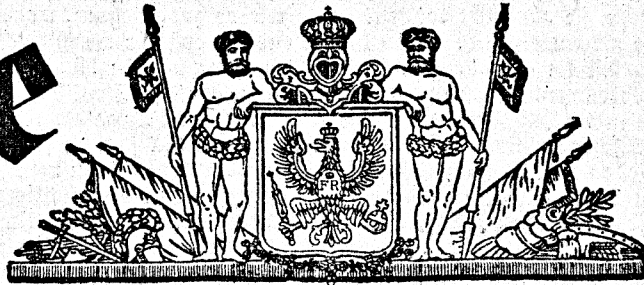


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen. Zeile 5 Mark und 40%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (im Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Japans Verzicht auf Schantung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Washington, 6. Dezember.

Zu der letzten Sitzung der Schiedsrichter über die Schantungfrage hat Japan alle Rechte aufgegeben, die es von Deutschland übernommen hat, mit Ausnahme der Kontrolle über die Eisenbahn. Die Unterhaltung über diese Frage ist auf nächste Woche verschoben worden. Japan soll beabsichtigen, China eine gemeinsame Kontrolle der Schantungbahn vorzuschlagen. Eine Unterkommission hat eine Entschließung vorbereitet, die dem Ausschuss für den Fernen Osten vorgelegt werden wird und sich auf Post und drahtlose Telegraphie in China bezieht. Die Entschließung billigt den Grundsatz der Verwaltung dieser Stationen durch China, behält jedoch die durch den Vertrag von 1901 nach dem Vorerfassung festgelegten Rechte vor, sowie die Sonderrechte, die verschiedenen Privatunternehmungen gewährt worden waren, besonders der französischen Gesellschaft für die Post in Schanghai.

Der Senat für Briand.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 6. Dezember.

Im Senat erklärte Briand sich bereit, die vorliegenden drei Interpellationen über die Nichtausführung des Friedensvertrages, die auswärtige Politik und das Abkommen von Angora sofort zu beantworten. Er mache aber darauf aufmerksam, daß er auf gewisse Fragen nicht näher eingehen könne. Er halte es nicht für gut, sich heute über das Abkommen von Angora zu äußern, und könne auch über Washington nur kurze Angaben machen. Eine eingehende Erörterung werde erst nach der Konferenz möglich sein. (Zustimmung.) Als erster Interpellationsredner kritisierte der Oppositionelle Brangier scharf die Politik des Kabinetts, das seine Verheißungen über die Ausführung des Versailler Friedensvertrages nicht gehalten habe. Er erinnerte daran, daß Briand erklärt habe, daß Deutschland imstande sei, sechs bis sieben Millionen Mann aufzubringen. Deutschland führe in keiner Weise den Friedensvertrag loyal durch. Jeden Tag entdecke die Kontrollkommission Kanonen, Handwaffen, Maschinen, die zu militärischen Zwecken verwendet werden können. Man habe nicht einmal darauf bestanden, daß Deutschland die weiträumigen Kanonen, sowie die acht Panzerautos, die in Oberschlesien verwendet wurden, ausliefern. Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung lag infolge technischer Störungen bei Schluß des Blattes ein Bericht noch nicht vor. Der Senat sprach schließlich Briand mit 249 gegen 12 Stimmen das Vertrauen aus. Poincaré hatte nicht das Wort ergriffen. Zu der Kammer wurden die Interpellationen der Abgeordneten Beilet, Chappedelaine, Margaine, Engerand, Coubray d'Asson und Messier wegen der auswärtigen Politik verlesen. Eine Interpellation Sembat wünschte Aufklärung über die Konferenz von Washington. Briand erklärte, da er sich gegenwärtig nicht reichhaltig äußern könne, bitte er um Vertagung der Debatte. Sembat forderte sofortige Erörterung der Interpellation. Der Präsident Maumoury verlangte, daß die Kammer die Debatte über das Budget fortsetze. Bei einer Abstimmung über die Interpellation Sembat wurde dessen Antrag mit 460 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Die französisch-englischen Besprechungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 6. Dezember.

Die französische Antwort auf die englische Note über das Abkommen von Angora ist nach London abgegangen. Briand hatte gestern nachmittag und heute vormittag Unterredungen mit dem englischen Botschafter. Dem „Temps“ zufolge drehte die Unterhaltung sich um die in Aussicht genommene Zusammenkunft der Minister des Außen Frankreichs, Englands und Italiens, für die Ort und Datum noch nicht bestimmt sind. Briand und Lord Harding sollen nach dem genannten Blatt auch über die Wiedergutmachungsfrage und die nächstfalligen deutschen Zahlungen gesprochen haben. Der Wiedergutmachungsausschuss hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten. Auf der Tagesordnung standen einige Oesterreich betreffende Fragen.

Dem Brisseler Korrespondent des „Temps“ wurde heute von einer offiziellen Persönlichkeit erklärt, daß sich

Belgien in der Frage eines Moratoriums für Deutschland auf die Seite Frankreichs stellen werde, da Belgien und Frankreich gemeinsame Interessen hätten. Belgien werde fordern, daß sich Deutschland seiner Verpflichtungen entledige, weil Belgien sonst seinen finanziellen Bedürfnissen nicht entsprechen könnte. Belgien sei entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Deutschland zur Bezahlung seiner Schulden zu zwingen, es sei ebenso entschlossen, jeden Gedanken an ein Moratorium weit von sich zu weisen, weil ein Moratorium für Deutschland den Ruin Belgiens bedeuten würde.

Zusammenbruch der Pfälzischen Bank

340 Millionen Mark Devisenverluste.

Die Pfälzische Bank in Ludwigshafen ist durch unverantwortliche Devisengeschäfte ihres Arbitrageurs bei der Münchener Niederlassung um 340 Millionen Mark geschädigt worden. Aktienkapital und Reserven der Bank, die fast 100 Millionen Mark betragen, sind dadurch völlig verloren. Die Bank ist aus sich heraus nicht in der Lage, für den Schaden aufzukommen. Die Deutsche Bank und die mit ihr verbundene Rheinische Kreditbank haben eine umfangreiche Aktion eingeleitet, die auf eine vollständige Übernahme der Pfälzischen Bank hinausläuft, so daß die Gläubiger der zusammengebrochenen Bank keine Verluste erleiden dürften. Nähere Einzelheiten siehe Handelsteil.

Der „Irische“ Freistaat.

Die Einigung mit Sinnfein.

London, 6. Dezember. (W. T. B.)

Der Lordkanzler Birkenhead machte heute in einer Rede die Einzelheiten des Uebereinkommens mit den Sinnfeinern bekannt. Die Hauptbedingungen der Regelung sind folgende: Mit einem einzigen Vorbehalt wird Irland in dieselbe Lage versetzt, wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Es wird den Namen „Irischer Freistaat“ erhalten. Südtirland ist darin im eigenen Hause. Man wird den Versuch in sehr weitherziger Weise auf derselben Grundlage machen, wie sie in Südafrika mit Erfolg angewendet wurde. Die Vertreter Sinnfeins sind bereit dem irischen Parlament zu empfehlen, daß der neugebildete Irische Freistaat nicht einen Vertrag des Verbandes mit dem Britischen Reiche abschließt, sondern in das Britische Reich eintritt. Die Treue des Irischen Freistaates zur britischen Reichsgemeinschaft und zum König Georg wird in klarer und unzweideutiger Sprache in seiner Verfassung erklärt.

In Finanzfragen hat das Südtirische Parlament die Führung. Irland übernimmt einen angemessenen Teil der nationalen Schulden und der Kriegsausgaben. Der Betrag wird durch Schiedsrichter festgestellt. Wenn Ulster innerhalb eines Monats nach Annahme des Gesetzes entschlossen ist, seine bisherigen Vollmachten beizubehalten, so kann es sie behalten. Wenn Ulster beschließen sollte, die Vertretung im britischen Unterhause zu behalten, so würde dieser Beschluß geachtet werden. Wenn Ulster nicht bereit ist, Vertreter in ein allirisches Parlament zu entsenden, so wird es berechtigt sein, diese Haltung weiterhin einzunehmen und dabei geschützt werden.

Diese Bedingungen werden beiden Häusern des britischen Parlaments im neuen Jahr unterbreitet werden. Wenn diese nicht zustimmen, dann wird das englische Volk eine baldige Gelegenheit zur Entscheidung erhalten.

Das Kabinet hat heute vormittag zusammen und billigte einstimmig den Entwurf des Uebereinkommens, das mit den Vertretern Sinnfeins abgeschlossen wurde. Es beglückwünschte Lloyd George und die Mitglieder der Delegation für die irischen Verhandlungen zu dem Erfolg ihrer Anstrengungen. Den Blättern zufolge verlautet, daß der früheste Zeitpunkt, an welchem das Parlament zusammentreten kann, der 10. Januar ist.

Lloyd George geht nicht nach Washington.

Wie aus England amtlich gemeldet wird, wird das Parlament sofort zusammenberufen, um über das englisch-irische Abkommen Beschluß zu fassen. Da Lloyd George das neue Gesetz selbst begründen will, ist seine beabsichtigte Reise nach Washington endgültig aufgegeben worden. Der Washingtoner Vertreter des „Daily Chronicle“ meldet, daß man in unterrichteten Kreisen annimmt, die Abrüstungskonferenz werde ihre Arbeiten vor Weihnachten abschließen.

Die Auslese der Diplomatie.

Von

Dr. Julius Freiherrn v. Griefinger,
Gesandtem a. D.

Im Morgenblatt der „Vossischen Zeitung“ vom 26. November hat der Verfasser sich in eingehender Weise mit der Notwendigkeit des technisch-organisatorischen Umbaus des Auswärtigen Amtes beschäftigt. Er läßt heute Vorschläge für die Reform der Menschenauslese folgen.

Jüngst schrieb mir ein Freund, der selbst lange Jahre im auswärtigen Dienst gestanden hat: „Ein Historiker, der es unternähme, die Kämpfe der Diadochen, die Gesichte der Fronde oder die Feldzüge der napoleonischen Truppen in Spanien in kurzer und übersichtlicher Weise zu schildern, dürfte kaum einer schwierigeren Aufgabe gegenüberstehen als der Mann, der es wagt, die dienstlichen und persönlichen Verhältnisse des Personals des höheren auswärtigen Amtes und deren innere Struktur klar und gemeinverständlich darzustellen.“ Die Auswahl und die Vorbildung der höheren Beamten, mit denen das Auswärtige Amt arbeitet, geschah früher ohne die erforderliche Planmäßigkeit und bildete einen der Hauptfehler des alten Systems. Es hatten sich im Laufe der Zeit drei bzw. vier Karrieren nebeneinander entwickelt: die rein diplomatische, die konsularische mit ihrer Unterabteilung, der Dragomanatskarriere — alle drei mit verschiedenen Vorbereitungs- und Ausnahmestimmungen — und schließlich die Karriere in der Zentralstelle. Das Tempo des Vorrückens innerhalb dieser Kategorien unterschied sich sehr wesentlich. Am schnellsten avancierten die Diplomaten, dann kamen die Mitglieder der Zentralstelle, die sich aus diplomatischen und konsularischen Beamten zusammensetzten, wobei indes die letzteren das erheblich größere Kontingent stellten. Am langsamsten vollzog sich der Aufstieg der Beamten im Konsulats- bzw. Dragomanatsdienst. Grundsätzlich war der Übergang von einer Karriere zur anderen nicht ausgeschlossen; er bildete aber die Ausnahme und gelang im einzelnen Falle nicht ohne Unstimmigkeiten. Auch hatten die Titel der einzelnen Kategorien zum Teil verschiedene Bedeutung, so daß selbst in der eigentlichen Amtskarriere, ja sogar in der politischen Abteilung des Amtes selbst, je nachdem der betreffende Beamte der diplomatischen oder konsularischen Laufbahn entstammte, Differenzen wegen des Avancements und der Titulaturen entstanden. Der Untergebene von heute konnte der Vorgesetzte von morgen sein und umgekehrt. Es ist leicht verständlich, daß diese Mängel zu unerquicklichen Zuständen und Reibungen führen mußten, daß sie die Arbeitsfreudigkeit der einzelnen Beamten nicht förderten und das Sinausträngen auf Auslandsposten bei Beamten gefördert haben, deren Erhaltung im Dienst der Zentrale oft von großem Vorteil gewesen wäre.

Wenn die jüngste Reform hieran die bessernde Hand gelegt hat, indem sie den Versuch einer Verschmelzung dieser verschiedenen Karrieren unternommen hat, so ist das entschieden als Fortschritt zu begrüßen. Nachdem infolge des Weltkrieges eine große Anzahl diplomatischer Posten zur Erledigung gekommen war, hat man, von dem Gedanken ausgehend, daß in unserer heutigen Lage die Vertretung und Pflege der wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund gerückt sei, damit begonnen, diese Posten vorwiegend mit aus der Konsulatskarriere hervorgegangenen Beamten zu besetzen oder dem diplomatischen Beruf bisher ferngebliebene Politiker hereinzunehmen, von denen man einen wirksameren, nicht in der Tradition befangenen Blick erwartete. Ob man dabei immer eine glückliche Hand gehabt hat, wird die Zukunft erweisen.

Wenn die durch die jüngste Reform herbeigeführten Veränderungen und ungeheuren Vermehrungen im Personalbestand des auswärtigen Dienstes statt einer zentripetalen eine zentrifugale Richtung genommen haben und dieser Dienst weder Einheitlichkeit noch Geschlossenheit aufweist, so mag dies allerdings in der Natur der Dinge begründet liegen. Die neue Organisation hat in der ausgiebigen und überstürzten Weise, in der sie erfolgt ist, so viel durcheinandergerüttelt und gemischt, und dadurch ein so mosaikartiges Gepräge erhalten, daß sie in direktem Gegensatz steht zu dem, was man unter einem fest geschlossenen Beamtenkörper versteht. Zu einem solchen wieder zu gelangen, ist aber die unumgängliche Bedingung einer geordneten und ersprießlichen Geschäftsführung im Innern wie im Außern — und damit stehen wir vor der so überaus heiklen Frage der Beschaffung eines geeigneten Ersatzes für den auswärtigen Dienst. Gerade ihre Lösung ist in keinem anderen Zweige der Staatsverwaltung so schwierig wie auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, weil bei dieser eine Anzahl von Imponderabilien hineinspielen, die von ausschlaggebender Bedeutung sind. Weder auf den Diplomaten noch auf den Konsul kann studiert werden wie auf einen anderen Lebensberuf. Deshalb ist auch das Dilettieren auf politischem Gebiete so beliebt und der Glaube so gefährlich, daß im Grunde jeder mit gesundem Menschenverstand, fleißiger Zeitungslektüre und dem erforderlichen Interesse, mit Phantasie, Guada und Kombinationsgabe einen respektablen